

Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach an der Queich



Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach • Postfach 11 20 • 76873 Offenbach an der Queich

Piratenpartei
Herr Sven Gretschuskin
Goerdelerstraße 3
76726 Germersheim

Postanschrift: 76877 Offenbach
Konrad-Lerch-Ring 6
Ansprechpartner: Frau Isik
Telefon: 06348/986-184
Telefax: 06348/986-141
Sprechzeiten
Montag: 8:30 - 12:00 und 14:00 - 18:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag: 8:30 - 12:00 Uhr
Freitag: 7:30 - 12:00 Uhr
Einwohnermeldeamt:
Montag: 8:00 - 12:00 und 14:00 - 18:00 Uhr
Dienstag: 8:00 - 12:00 und 14:00 - 16:00 Uhr
Mittwoch: 8:00 - 12:00 Uhr
Donnerstag: 8:00 - 12:00 und 14:00 - 17:00 Uhr
Freitag: 7:30 - 12:00 Uhr
Internet: <http://www.offenbach-queich.de>
Email: h.isik@offenbach-queich.de
Email formgebunden: vg-offenbach@poststelle.rlp.de

Ihre Nachricht vom	Ihr Zeichen	unsere Nachricht vom	unser Zeichen	Datum
30.12.2015			F4/650-22/5 hi	6. Januar 2016 06.01.2016

Vollzug des Landesstraßengesetzes Rheinland-Pfalz (LStrG); hier: Plakatierung im öffentlichen Verkehrsraum anlässlich der Landtagswahl 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der §§ 41 und 42 LStrG Rheinland-Pfalz erteilen wir Ihnen zur Wahlwerbung hiermit die Erlaubnis zur Aufstellung von insgesamt **14** Plakatständern (doppelseitig, bis zu je 1 m² Größe) innerhalb der geschlossenen Ortslage der 4 Ortsgemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde Offenbach a. d. Queich.

Wir weisen zudem darauf hin, dass in und direkt um die Ortsgemeinde 76877 Offenbach erst ab 01.02.2016 plakatiert werden darf und die Plakate nach dem 13.03.2016 umgehend und ordnungsgemäß entfernt werden müssen.

Folgende grundsätzliche Auflagen sind einzuhalten:

- Bei der Aufstellung von Plakatständern auf Gehwegen ist zu beachten, dass die Restgehwegbreite noch mindestens 1,00 Meter bzw. die lichte Höhe vom Boden bis zur Unterkante der Plakate mindestens 2,25 Meter betragen muss. Sichtbehinderungen für die Verkehrsteilnehmer dürfen nicht entstehen.
- Die Plakate sind so zu befestigen, dass die im öffentlichen Verkehrsraum bestehenden Vorrichtungen nicht beschädigt werden können; für eventuelle entstehende Schäden hat der Antragsteller Schadensersatz zu leisten.

Besondere Auflagen:

1. Die Erlaubnis ist jederzeit widerruflich. Von ihr kann erst Gebrauch gemacht werden, wenn sie in allen Teilen unanfechtbar geworden ist.
2. Kommt der Erlaubnisnehmer einer Verpflichtung, die sich aus dieser Erlaubnis ergibt, nicht nach, so kann auf seine Kosten das Erforderliche veranlasst, oder die Erlaubnis widerrufen werden.

3. Alle im Zusammenhang mit dem Bestand und der Ausübung der Sondernutzung sich ergebenden Mehraufwendungen und Schäden sind zu ersetzen.
4. Von Haftungsansprüchen Dritter sind die Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach und die Straßenbauverwaltung freizustellen.
5. Die Werbeplakate sind bei Ende der Erlaubnisfrist, oder bei Widerruf unverzüglich und ordnungsgemäß zu entfernen. Plakate die länger als eine Woche über den Veranstaltungstermin hinaus hängen, werden kostenpflichtig durch die Gemeinde entsorgt.
6. Der tatsächliche Beginn und die Beendigung der Sondernutzung ist der Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach a. d. Queich mitzuteilen.

Die Nichteinhaltung der vorgenannten Auflagen kann zu einer Versagung künftiger Genehmigungen führen! Des Weiteren kann ein Ordnungswidrigkeitsverfahren (Verwarnungsgeld / Bußgeld) eingeleitet werden!

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach an der Queich schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Er kann rechtsverbindlich auch auf elektronischem Wege, jedoch ausschließlich über das virtuelle Postfach der Verbandsgemeinde Offenbach vg-offenbach@poststelle.rlp.de eingelegt werden. Die hierzu erforderlichen Voraussetzungen können Sie im Internet unter www.rlp-service.de oder auf unserer Internetseite abrufen. Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf dieser Frist bei der Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach an der Queich eingegangen ist. Die Frist gilt auch als gewahrt, wenn das Rechtsmittel bei dem Kreisrechtsausschuss bei der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße, An der Kreuzmühle 2 in 76829 Landau in der Pfalz eingelegt wird. Der erhobene Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung auf die Zahlung des Betrages gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Eckert
Fachbereich Bürgerdienste